

**Dr. Margarete Schramböck**  
Bundesministerin für Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

[buero.schramboeck@bmdw.gv.at](mailto:buero.schramboeck@bmdw.gv.at)  
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.365.184

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2264/J-NR/2020

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2264/J betreffend "Accenture-Studie", welche die Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen am 10. Juni 2020 an mich richteten, stelle ich fest:

### **Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:**

1. *Wurde die Studie ausgeschrieben?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde die Studie ausgeschrieben?*
  - b. *Wenn ja, wo wurde die Studie ausgeschrieben?*
  - c. *Nach welchen Kriterien erfolgte die Vergabe der Studie?*
  - d. *Wenn nein, warum wurde die Studie nicht ausgeschrieben?*

Die gegenständliche Studie wurde in Vollziehung einer Rahmenvereinbarung zwischen der Republik Österreich, der Bundesrechenzentrum GmbH und der Accenture GmbH aus dem Jahr 2019 in vergaberechtskonformer Weise beauftragt.

### **Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:**

2. *Wie hoch war das Honorar an Accenture für die Erstellung der Studie?*

Das Honorar betrug € 29.944 exklusive USt.

### Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

3. *Wie lautet der genaue Auftrag der Studie?*
  - a. *Mit welchen Daten wurde gearbeitet?*
  - b. *Mit welchen Methoden/Modellen wurde gearbeitet?*
    - i. *Welche Variablen wurden in der Analyse berücksichtigt?*
  - c. *Wurden andere Forschungsergebnisse (zum Beispiel der "The Digital Transformation Monitor" der Europäischen Kommission) in der Studie berücksichtigt?*
  - d. *Im welchem Zeitraum wurde die Studie erarbeitet?*

Ziel der Studie war das Aufzeigen von Potenzialen durch Digitalisierung in Österreich und im internationalen Vergleich. Dies beinhaltet die Bestimmung des volkswirtschaftlichen Potenzials von Investitionen in die Digitalisierung, den Vergleich von Wertschöpfungshebeln und deren Folgen auf die Wirtschaft, die Effekte der Digitalisierung in der derzeitigen Krise sowie die Wertschöpfung von Daten.

Für die Studie wurden folgende Datenquellen herangezogen:

- Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Statistik Austria)
- DESI-Index (Europäische Kommission)
- Leistungs- und Strukturstatistik (Statistik Austria)
- Eurostat-Daten (Europäischen Kommission)
- World Development Indicators (Weltbank)
- Global ICT market share (Statista)
- Öffentliche Aktienkurse (finanzen.net)
- Daten des IMF Forecast 2020 (International Monetary Fund)
- World Robotics Report 2019
- Austrian Research and Technology Report 2019
- Mobile Payment Report 2019
- Daten von IBM (Weltweite Datennutzung)
- Daten aus Studien des WIFO, Joanneum Research und dem Masterplan für die Digitalisierung im Bildungswesen (BMBWF)
- einzelne Daten aus Studien von Agnes Streissler-Führer und BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien).

Es wurde mit deskriptiver Statistik, Sekundärquellenanalysen, Simulationsrechnungen und Metaanalysen gearbeitet. Dabei wurden folgende Variablen in den Analysen berücksichtigt:

- das BIP

- das BIP-Wachstum
- die Zahl der unselbstständig Beschäftigten
- der Digitalisierungsindex
- das Umsatzwachstum
- volkswirtschaftliche Multiplikatoren
- die IKT-Anteile des BIPs verschiedener Länder
- öffentliche Aktienkurse
- digitale Kompetenzen der europäischen Bevölkerung
- Bevölkerungszahlen der europäischen Länder (EU)
- weltweite Datennutzung.

Bei der Studie handelt es sich um eine Metastudie. Das heißt, die Erkenntnisse beruhen auf dem Status Quo der Forschung. Es wurden andere Forschungsergebnisse berücksichtigt.

Die Studie wurde im Mai und Juni 2020 erarbeitet.

#### **Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:**

4. *Wann werden die gesamte Studie und die Ergebnisse in vollem Umfang publiziert?*
  - a. *Wo erfolgt diese Publikation?*
  - b. *Welche Schlussfolgerungen zieht das Ministerium aus der Studie?*
  - c. *Werden die Ergebnisse der Studie im "digitalen Aktionsplan" berücksichtigt?*

Im Sinne einer evidenzbasierten Politik werden die Ergebnisse der Studie entsprechend in die Tätigkeit des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort einbezogen.

Wien, am 6. August 2020

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

